Nr. 523
B 259
Abend-Ausgabe
Berlin
Freitag, 4. November 1927
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Neuregelung der Auslandsanleihen

Die Richtlinien des Finanzministeriums

Die langumstrittene Neuregelung der öffentlichen Auslandskredite ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Die neuen Richtlinien, die das Reichsfinanzministerium soeben veröffentlicht, erstrecken sich auf direkte Auslandskredite der Länder und Gemeinden, auf Auslandsverkäufe von Kommunalobligationen durch Kreditinstitute, „zu deren Aufgabe die Befriedigung des kommunalen Kreditbedarfs gehört", sowie auf Bürgschaften und Sicherheiten, die zugunsten Dritter von Ländern und Gemeinden gegeben werden.

Die Aufnahme derartiger Auslandskredite darf grundsätzlich nur erfolgen, wenn die wirtschafts- und währungspolitischen Verhältnisse es gestatten und folgende Bedingungen beachtet werden:

Als „verhältnismäßig unbedenklich" gilt die Aufnahme von Auslandskrediten, die nachstehende Bestimmungen erfüllen: Form des Kredits:

1. langfristige, d. h. auf mindestens zehn Jahre abgeschlossene, jedoch spätestens nach fünf Jahren vom Schuldner kündbare Anleihen;
2. kurzfristige, auf längstens ein Jahr abgeschlossene, nur der vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel dienende Auslandskredite der Länder.

Die von der Beratungsstelle festzusetzende jährliche Höchstbelastung darf nicht überschritten werden. Die von den Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden aufzunehmenden Auslandskredite müssen für eigene Zwecke des Kreditnehmenden bestimmt sein und dürfen nicht weitergegeben werden. Sie müssen unmittelbar produktiven Zwecken dienen, d. h. nur solchen werbenden Anlagen, die durch unmittelbare Erzeugung von Werten die Verzinsung und Amortisationen des investierten Kapitals aus eigenen Einnahmen gewährleisten. Die Anlagen müssen in dem Sinne dringlich sein, daß die geplanten Ausgaben nicht zurückgestellt werden können.

Die Bedingungen dürfen keine speziellen Pfänder irgendwelcher Art vorsehen, ebenso keine Verbindungen mit anderen Geschäften, wie z. B. Verkäufen von Produkten aus staatlichen Unternehmen.

Vor der Aufnahme der genannten Auslandskredite und Bürgschaften, falls sie von den vorerwähnten Bedingungen abweichen oder falls die Beratungsstelle aus wirtschafts- oder währungspolitischen Gründen die Beratung für erforderlich hält, hat die beteiligte Landesregierung das Gutachten der Beratungsstelle einzuholen. Bei Prüfung der Anleihezwecke soll die Beratungsstelle grundsätzlich die aufgestellten Richtlinien über den Verwendungszweck beachten.

Die Beratungsstelle ist ein aus Sachverständigen bestehender Vertrauensausschuß der Länder und setzt sich wie folgt zusammen: 1. ein vom Reichsminister der Finanzen zu bestellender Sachverständiger als Vorsitzender; 2. ein vom Reichswirtschaftsminister zu bestellender; 3. ein vom Reichsbankdirektorium zu bestellender Sachverständiger; als von den Ländern bestellte Sachverständige; 4. der Präsident der Preußischen Staatsbank; 5. der Präsident der Bayerischen Staatsbank; 6. jeweils ein staatlicher Vertreter des ein Gutachten einholenden Landes. Die Entschließungen der Beratungsstelle erfolgen mit Stimmenmehrheit.

Als Berufungsinstanz dient die Beratungsstelle in anderer Zusammensetzung, nämlich unter direkter Beteiligung des Reichsfinanzministers, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsbankpräsidenten. Diese zweite Instanz kann nicht nur von einem Land angerufen werden, dem die Beratungsstelle einen Anleiheantrag abgelehnt hat, sondern auch von den Vertretern der Reichsministerien und der Reichsbank, wenn einer von ihnen bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben ist. Im Anschluß wahrscheinlich an die Vorgänge der Preußenanleihe wird den Mitgliedern der Beratungsstelle noch die Geheimhaltung der Verhandlungen besonders zur Pflicht gemacht, „insbesondere sind das Stimmenverhältnis bei Beschlußfassungen und die Person des Sachverständigen, der die nochmalige Beratung eines Antrages verlangt hat, geheim zu halten."

Das Endergebnis der langwierigen Anleiheverhandlungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die im Inlande und im Auslande so viel Staub aufgewirbelt haben, muß als höchst dürftig bezeichnet werden. Abgesehen von der, bereits von uns angekündigten, Schaffung einer Berufungsinstanz ist das einzig Positive die Festlegung bestimmter Mindest- und Höchst-Laufzeiten für langfristige und kurzfristige Auslandskredite. Bestehen bleibt die höchst lautschuhhafte Formel, daß aus Rücksicht auf die „wirtschafts- und währungspolitischen Verhältnisse" die Genehmigung zur Anleihe versagt werden kann. Wiederum wird mit dem mangelhaft definierten Begriff der „unmittelbaren Produktivität" der Anleihen operiert. Kein Wort darüber, ob und wieweit Wohnungsbau-Anleihen als unmittelbar produktiv anzusehen sind. Theoretisch und praktisch gleich fragwürdig ist der Hinweis, daß Länder- und Gemeindeanleihen zur Aktivierung der Handelsbilanz beitragen müssen; also eine Umschreibung der früher von Dr. Schacht aufgestellten Forderung, daß Auslandsanleihen Devisen produzieren müssen. Aus Rücksicht auf Bayern, das gegen die neuen Richtlinien Einspruch erhoben hatte, hat man wohl den Ländern eine Reverenz erwiesen, indem man die Beratungsstelle definiert als ein „aus Sachverständigen bestehender Vertrauensausschuß der Länder", während sie in Wirklichkeit eine unfreiwillige Kontrollinstanz der Länder und Gemeinden ist. Ob mit diesem Kompliment den Ländern und Gemeinden, aber auch der gesamten Oeffentlichkeit gedient ist, muß bezweifelt werden.

Wie Pilsudski das Parlament behandelt

Wachsende Opposition

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ibi **Warschau**, 4. November

Der Vertagung des polnischen Sejm ist noch gestern auch die Vertagung des Senats gefolgt. Diese andere Kammer der Volksvertretung konnte diesmal überhaupt nicht zu einer Vollsitzung zusammentreten, da schon vorher vom Staatspräsidenten die Vertagung ausgesprochen worden war.

Die gesamte unabhängige Presse greift heute die Regierung Pilsudski-Bartel scharf wegen ihrer Ausschaltung des Parlaments an, durch die diesmal sogar die ordnungsmäßige Verabschiedung des Staatshaushalts unmöglich gemacht worden sei. Die rechtsstehenden Oppositionsblätter sprechen die Hoffnung aus, daß durch ein derartiges Vorgehen allmählich das nationale Gewissen zum schärfsten Widerstand aufgepeitscht werden würde. Stronski erklärt in seiner „Warscwänka": Ebenso wie diese willkürlichen Zahlen hätte die Regierung auch ein Lottospiel dem Parlament vorlegen können. Der sozialistische „Robodnik" spricht von einer Untergrabung des Rechtsgefühls und der Achtung von höchsten Staatseinrichtungen durch die Regierung selbst.

Nur die im Dienst des Kabinetts stehenden und es unterstützenden Blätter verteidigen die Vertagung durch den Hinweis auf die geringe Arbeitsfähigkeit des überalterten Sejm. Darauf antwortet aber mit Recht die christlich-demokratische „Rzeczpospolita": Wenn man den jetzigen Sejm nicht mehr für produktiv halte, so hätte man ihn ja auflösen und die Neuwahlen beschleunigen können. Man habe ihn aber wiederum nur vertagt, also Furcht vor jeder demokratischen Kontrolle durch eine Volksvertretung gezeigt. Alle Hoffnungen wenden sich jetzt dem neuen Parlament zu, das aus den Wahlen des nächsten Jahres sicherlich in veränderter Zusammensetzung hervorgehen wird, und dem die Regierung auch kaum die gleiche Behandlung wird zuteil werden lassen, da die Massenorganisationen der Kleinbauern und Arbeiter nach einem Linksruck bei den Wahlen sicher auch wieder für das Parlament kämpfen würden.

*

Der polnische Außenminister Zaleski trifft im Laufe des heutigen Tages von seiner Urlaubsreise heute wieder in Warschau ein. Er wird voraussichtlich in der nächsten Woche die Leitung des Außenministeriums wieder übernehmen.

Der neue Botschafter

Nachdem man in der Berliner Gesellschaft — denn die „Karriere" par excellence ist auch heute noch der „Gesellschaft" ureigenstes Gebiet — die unwahrscheinlichsten Kandidaten für den Washingtoner Botschafterposten diskutiert, notabene alles „Outsider", hörte man plötzlich zum erstenmal den Namen von „Freddy" Prittwitz aufauchen. Die Freunde waren überrascht und erregt und etwas ungläubig. „Zu jung" — und wenn man ihnen dann sagte, daß er immerhin im vierundvierzigsten Lebensjahr steht, wollten sie's kaum glauben. So jung sieht er aus, der in Rom keinen Tag vergehen ließ, ohne draußen im Klub ein paar Sets Tennis zu spielen. Jung? Gott sei Dank! Jung genug, um schon damals — im jetzigen November werden es 10 Jahre — nur vorwärts zu sehen, nur optimistischer Deutscher und gläubiger Zukunftsmensch zu sein, als für die meisten um ihn „alles vorbei" war. Und mutig genug, diesen Optimismus und diesen Glauben zu bekennen.

Und wie es dann zur Gewißheit geworden, freuten sich seine Freunde und alle, die um ihn wußten. (Daß andere auf den „Renegaten" schimpften, erhöhte diese Freude nur.) Und wissen, daß er das Zeug hat zu dem Posten, auf den ihn so plötzlich ein trauriger Anlaß berufen. Maltzan hätte anders, besser kaum ersetzt werden können. Wie er, ist Prittwitz ein „good mixer". Weiß, mit allerhand und allerart Menschen zu reden und umzugehen. Hat die freundliche und verbindliche Art des Süddeutschen, die er seiner württembergischen Mutter verdankt, hat die Grundlichkeit und nötige Festigkeit als bestes preußisches Erbteil seines Vaters. Kann lustig und lebensfroh sein, ohne darin aufzugehen. Und hat, nicht aus Karriere-Ehrgeiz, sondern aus innerer Passion Studien wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Art getrieben, die außerhalb des gewöhnlichen Diplomatenhandwerks liegen.

Es hat mancher mit Sorge an die Möglichkeiten eines Nachfolgers für Maltzan gedacht. Innerhalb und außerhalb der Wilhelmstraße. Dort wollte man auf keinen Fall einen „Outsider". Ein begreiflicher Wunsch, denn wie soll die „Karriere" einen wirklich tüchtigen Menschen locken, wenn die wirklich reizvollen Posten, die der Tüchtigkeit sich zu be-

Vor dem Sturm auf Chamberlain

Englischer Parlamentsbeginn

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

vhe **London**, 4. November

Das am 8. November zu einer kurzen Wintertagung bis zum 16. Dezember zusammentretende englische Parlament wird sich in erster Linie mit der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen haben. Die englische Politik im Völkerbund, Lord Cecils Demission, Chamberlains Zusammenkunft mit dem spanischen Ministerpräsidenten und das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz werden im Unterhaus und im Oberhaus Gegenstand von Interpellationen der Opposition sein. Allein im Unterhaus verlangt die Arbeiterpartei drei volle Sitzungstage für außenpolitische Aussprachen.

Während in der Kritik an der Außenpolitik die Arbeiterpartei die Führung übernimmt, werden unter Lloyd Georges Führung die Liberalen die trostlose Wirtschaftslage zum Ausgangspunkt ihrer Vorstöße machen. Die Regierung hat der liberalen Partei in der Vorlage über die Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge den willkommenen Anlaß geliefert. Bis zum 1. Januar möchte die Regierung diesen Gesetzentwurf verabschiedet wissen, der die Leistungen der Arbeitslosenfürsorge kürzt, um ein Defizit von 23 Millionen Pfund, in jenem Teil der Arbeitslosenfürsorge, der auf Versicherung beruht, zu tilgen. Man will die Regierung zu Auskünften darüber nötigen, was die Regierung über die Erwerbslosenfürsorge hinaus zu tun gedenke, um die Arbeitslosigkeit und Absatzstockung zu bekämpfen.

Der Aldwych-Klub, in dem Chamberlain kürzlich seine Rede über die englische Abrüstungspolitik gehalten hat, hat Lloyd George eingeladen, bei einem Frühstück am nächsten Montag mit dem englischen Außenminister in einer Gegenrede abzurechnen. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Klub ohne politische Färbung nach einer außenpolitischen Rede des Außenministers dem schärfsten Gegner dieses Ministers Gelegenheit gibt, vor aller Welt nach Möglichkeit der Wirkung der Rede des Ministers entgegenzutreten. Offenbar hat der Vorstand des Klubs denselben Eindruck, den Chamberlains Zuhörer hatten, daß die Rede nur eine einseitige und unzulängliche Darlegung der vorherrschenden englischen Anschauungen über die Außenpolitik der Zukunft darstelle.

0047